

Strategisch souverän werden

Strategische Souveränität im europäischen Verbund ist für Deutschland in der Zeitenwende von entscheidender Bedeutung. Sie sichert dem Land in Zeiten großer geopolitischer und wirtschaftlicher Veränderungen Handlungsfähigkeit. Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, dem wachsenden Einfluss autoritärer Staaten und technologischer Umbrüche muss Deutschland mehr für seine Souveränität tun. Die Bereiche Verteidigung, Rohstoffe, Raumfahrt, Gesundheit und Technologie sind dabei besonders wichtig. Eine starke Verteidigung ist elementar für Frieden und Freiheit in Europa. Der Zugang zu Rohstoffen schützt die Wirtschaft. Raumfahrttechnologie fördert Sicherheit und Unabhängigkeit. Eine moderne Gesundheitswirtschaft erhöht die Resilienz. Technologie sichert die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit.

Die Zeitenwende im globalen Systemwettbewerb konsequent umsetzen

Spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 ist klar, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr sind. Ohne Sicherheit sind weder Staat noch Gesellschaft voll funktionsfähig. Auch gibt es ohne Frieden und Sicherheit keine nachhaltige Gewährleistung unserer Lebensgrundlagen. Sicherheit bildet die Basis für unsere Werte, unseren wirtschaftlichen Erfolg und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat beruhen auf dem Schutz individueller Rechte und Freiheit, was uns jedoch auch verwundbar macht. Die zunehmenden hybriden Bedrohungen – Sabotage- und Cyberangriffe, Desinformationen und Fake News – sind Sinnbild dafür. Die zentrale Frage ist, wie wir unsere Werte schützen, ohne sie zu gefährden. Ein Mentalitätswandel ist nötig, um gesellschaftliches Vertrauen zu stärken und unsere Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Zudem sind die europäischen Verteidigungs- und Raumfahrtindustrien fragmentiert und unterfinanziert, was die Fähigkeit zur Verteidigung, glaubwürdiger militärischer Abschreckung und technologischer Unabhängigkeit beeinträchtigt. Die Bundeswehr muss schnell und gezielt ausgestattet werden, um handlungsfähig, d. h. voll verteidigungsfähig, zu sein. Die europäische Sicherheitsvorsorge im NATO-Rahmen muss dabei die Grundlage deutschen Handelns bilden. Es bedarf eines klaren Umsetzungskonzepts, dass der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie langfristige Impulse für den Aufbau weiterer Produktionskapazitäten gibt. Dadurch muss es ebenfalls gelingen, eine dauerhafte Unterstützung der Ukraine durch ihre europäischen Partner sicherzustellen. Auch die zivilgesellschaftliche Resilienz unserer Gesellschaft sollte durch entsprechende Mittel und Maßnahmen im Sinne einer funktionierenden Gesamtverteidigung weiter gestärkt werden.

Deutschland und Europa sind stark von wenigen Lieferanten für kritische Rohstoffe, Zwischenprodukte und Technologien abhängig. Die Exportnation Deutschland ist zudem auf internationale Absatzmärkte angewiesen. Diese Abhängigkeiten bergen ein erhebliches Risiko, da sie Europa anfällig für wirtschaftlichen Druck aufgrund geopolitischer Veränderungen machen. Die Konzentration der Lieferketten und die fehlende Diversifizierung erhöhen die Verwundbarkeit. Einseitige Lieferabhängigkeiten gefährden darüber hinaus das Erreichen unserer nationalen und europäischen Klima- und Umweltziele sowie die Fortschritte im Bereich der Digitalisierung. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist eine koordinierte europäische Strategie erforderlich, die auf die Sicherung von Lieferketten, die Stärkung der industriellen Kapazitäten und die Reduzierung externer Abhängigkeiten abzielt. Deutschland kommt als Impulsgeber dabei eine zentrale Rolle zu.

Verteidigungsfähigkeit die notwendige Priorität einräumen

- **Kapazitätsausbau durch Planungssicherheit ermöglichen:** Um eine langfristige Planungsbasis für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu schaffen, sollte der Bundeshaushalt auf die realen Bedarfe deutscher und europäischer Sicherheit und Verteidigung abgestimmt werden. Dies erfordert eine starke Erhöhung des Einzelplans 14 sowie seine Gestaltung als überjähriger Haushalt mit langfristig nutzbaren Verpflichtungsermächtigungen, um der Industrie eine gesicherte Perspektive für Kapazitätsaufbau und Auslastung zu bieten. Besonders im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen der NATO, zu deren Erfüllung sich die Bundesregierung verpflichtet hat, sowie angesichts der gebotenen Unterstützungsleistungen für die Ukraine ist dies entscheidend. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist bereit, die Bundeswehr bis 2029 und darüber hinaus mit der nötigen Ausrüstung zu versorgen, benötigt jedoch umgehend klare Signale zu Bedarfen, Beauftragungen und den dazu verfügbaren Haushaltsmitteln, Abläufen sowie unterstützende Rahmenbedingungen. Zur Schaffung dieser Rahmenbedingungen bedarf es eines „Rüstungsbeschleunigungsgesetzes“ (BwBeschBeschlG 2.0), vergleichbar dem 2022 geschaffenen LNG-Beschleunigungsgesetz. Wesentliche Elemente für dieses Gesetz finden sich in der im Dezember 2024 von der Bundesregierung verabschiedeten „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“.
- **Beschaffungsprozesse beschleunigen und entbürokratisieren:** In den letzten zweieinhalb Jahren wurden wichtige Fortschritte bei der Beschleunigung der Beschaffungsprozesse erzielt. Dennoch bleibt Optimierungspotenzial: Beispielsweise sollten Ausnahmen von Standard-Vergabeprozessen proaktiv für Schlüsseltechnologien genutzt werden, etwa durch nationale Vergaben gemäß Art. 346 AEUV und eine Anpassung von §107 Abs. 2 GWB. Außerdem sind technologische Agilität und eine frühere Einbindung der Industrie, z. B. über Innovationspartnerschaften, essenziell. Zudem sollte der Schwellenwert der 25 Millionen Euro Vorlage an die Inflation angepasst und auf mindestens 100 Millionen Euro angehoben werden, um kleinere Beschaffungen schneller und unbürokratischer realisieren zu können.
- **Investitionen in Verteidigung als Wirtschafts- und Innovationstreiber betrachten:** Der aufgelaufene Investitionsstau und der sich ankündigende Mehrbedarf für eine glaubhaft abschreckende Verteidigungsfähigkeit bedeuten eine hohe finanzielle Last. Die Bundesregierung sollte daher Sorge tragen, dass Investitionen in unsere Sicherheit auch zu einer Stärkung der heimischen Wirtschaft und von Innovationen beitragen. Das erfordert eine Präferenz für Lösungen aus Deutschland und Europa bei Entwicklung, Beschaffung und Betreuung sowie die Sicherstellung nationaler Rückflüsse bei Beschaffungen im Ausland, um industrielle Kapazitäten insbesondere im Mittelstand abzusichern. Diese sollten zudem so angelegt sein, dass die deutsche Industrie im Ausland beschaffte Waffensysteme für die Bundeswehr selbstständig betreuen kann.
- **Rüstungsexport als Mittel zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit begreifen:** Weltweit ist der Export von Rüstungsgütern ein essenzielles und effektives Mittel zum Aufbau und zur Stärkung strategischer Partnerschaften. Gleichzeitig können vitale Produktionskapazitäten der heimischen Industrie ausgelastet und somit weiter vorgehalten werden. Die Bundesregierung sollte daher den Rüstungsexport stärker aktiv politisch unterstützen. Dazu kann sie Government-to-Government-Instrumente schaffen und Kompetenzen beispielsweise in einer eigenen Rüstungsexportagentur bündeln. Wichtig für den Status Deutschlands als ein verlässlicher Exportpartner für Verbündete und Partner ist zudem die Annäherung an unsere europäischen Partner in Fragen der Exportstandards.

- **Rüstung durch Europäische Kooperation effizienter gestalten:** Für eine effiziente Sicherheits- und Verteidigungspolitik müssen die EU-Mitgliedstaaten die Führung übernehmen, unterstützt von der EU mit Anreizen, Leitlinien und Standards. Eine starke europäische Verteidigungsindustrie erfordert gezielte Investitionen in europäische Produkte und Fähigkeiten sowie eine langfristige Planung der Mitgliedstaaten. Wichtige Stichworte sind „Harmonisierung der Anforderungen“ und „Harmonisierung der Nachfrage“. Ein klarer politischer Wille der großen EU-Staaten ist notwendig, um die NATO-Ausrüstungsverpflichtungen gemeinsam zu erfüllen. Die „E4“-Staaten (D, F, E, I) und Polen sollten einen 20-jährigen „Beschaffungs- und Bebauungsplan“ entwickeln, in den auch kleinere Mitgliedstaaten als Nutzer, Zulieferer oder Produzenten integriert werden. Die EU-Kommission kann durch Harmonisierung von Vorschriften, Bau- und Abnahmebedingungen sowie Lieferkettenanforderungen unterstützend wirken.
- **Mittelstand von Bürokratie entlasten, nationale Industrie im EU-Rahmen stärken:** Der Mittelstand braucht gezielte Bürokratieentlastungen, Finanzierungssicherheit und klare Planungsgrundlagen für Investitionsentscheidungen. Eine frühe Einbindung in Beschaffungsvorhaben sowie faire Vergütungs- und Finanzierungsregelungen sind entscheidend. Zudem müssen vergleichbare Anzahlungen wie im zivilen Markt und realistische Haftungsbeschränkungen etabliert werden, um Bundeswehr-Aufträge wirtschaftlich in einer auch für KMU machbaren Form umzusetzen. KMU sind durch Lieferkettensorgfaltspflichten und „grünes“ Accounting besonders belastet, Entlastungen bei CSDDD, CSRD und CBAM sind notwendig. Zur Erreichung nationaler und digitaler Souveränität muss ein höherer Anteil des Budgets für Beschaffungen, speziell bei Schlüsseltechnologien, in der deutschen Industrie verbleiben. Eine nationale Beteiligung mit geeigneten Liefer- und Leistungspaketen ist bei Beschaffungen im Ausland unerlässlich.
- **Innovationskraft für die Bundeswehr erschließen:** Agilität in der Anpassung an technologische Entwicklungen ist für moderne Streitkräfte von entscheidender Bedeutung. Die Innovationskraft des gesamten deutschen industriellen Ökosystems, inklusive Start-ups, sollte für die Bundeswehr besser erschlossen werden, insbesondere in Schlüsseltechnologien wie Raumfahrttechnologien und unbemannten Systemen oder Robotik. Dazu braucht es eine agilere, effizientere Beschaffung und gezielte Unterstützung durch die Bundesregierung. Die Beschaffungsprozesse müssen an die Dynamik innovativer Unternehmen angepasst werden – Schnelligkeit, Flexibilität und Kreativität sind entscheidend. Als Ankerkunde kann die Bundeswehr zudem einen wichtigen Beitrag zur Förderung neuer Technologien leisten. Der Cyber Innovation Hub sollte vor diesem Hintergrund gestärkt werden. Zudem sollte ein Space Innovation Hub der Bundesregierung im Geschäftsbereich des BMVg angesiedelt werden, um kommerzielle Space-Fähigkeiten schneller und effizienter für die Bundeswehr nutzbar zu machen. Die Hubs sollten Aufträge direkt und unbürokratisch vergeben dürfen.

Deutschland vor Technologieabfluss schützen und kritische Investitionen anreizen

- **Positive Agenda verfolgen:** Technologiesouveränität sowie nationale und europäische Sicherheitsinteressen werden auch – aber nicht nur – durch Kontrollen geschützt. Strategisches Handeln jedoch steht auf zwei Säulen. Eine aktive Wirtschaftsagenda, die neben einer allgemeinen Standortpolitik gezielt Risiken identifiziert und strategische Sektoren fördert, sollte für die nächste Bundesregierung oberste Priorität haben. Deutschland und Europa können sich nicht einfach aus den geopolitischen Spannungen *herauskontrollieren*. Stattdessen muss das Prinzip gelten: Rivalen den Zugang zu Schlüsseltechnologien verwehren und gleichzeitig in diesen Bereichen mit größtmöglicher Geschwindigkeit voranschreiten.
- **Investitionsprüfungen sorgfältig abwägen:** Deutschland und Europa profitieren stark von offenen Märkten. Die Bundesregierung sollte staatliche Investitionskontrollen aufgrund sicherheitspolitischer Bedenken sorgfältig gegen wirtschaftliche Risiken abwägen. Die Bundesregierung sollte staatliche Eingriffe bei Auslandsinvestitionen (*Outbound Investment Screening*) nur in klar definierten Ausnahmefällen als letztes Mittel einsetzen – nämlich dann, wenn ernsthafte Sicherheitsbedenken eindeutig nachgewiesen und die Mittel der Ausfuhrkontrollen ausgeschöpft sind.
- **Ausfuhrkontrollen effizient ausgestalten:** Die Kontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (*Dual-Use*) stützt sich in Deutschland auf eine etablierte Infrastruktur und langjährige Erfahrung in Wirtschaft und Verwaltung. Die neue Bundesregierung sollte diese bewährte Basis stärken – gerade in Zeiten der multilateralen Schwäche und komplexer werdenden Herausforderungen. Sie muss politische Entscheidungen schneller treffen, Verfahren im Alltagsgeschäft beschleunigen und Kapazitäten in kritischen Sektoren gezielt ausbauen.
- **Wirtschaftssicherheit strategisch angehen:** Eine neue Bundesregierung sollte verinnerlichen, dass sie Politik in einem neuen Normalzustand gestaltet. Die Wirtschaftssicherheitsstrategie der EU ist ein guter Anfang, doch die europäischen Mitgliedstaaten müssen sie konsequent mit Leben füllen. Deutschland nimmt als Hochtechnologiestandort mit seiner breit aufgestellten Industrie eine Schlüsselrolle ein. Investitionsprüfungen müssen Risiken frühzeitig antizipieren und sorgfältig abwägen, während Ausfuhrkontrollen aktuellen Sicherheitsbedenken gerecht werden müssen. Die Bundesregierung muss die Resilienz in strategisch wichtigen Lieferketten stärken und das koordinierte Zusammenspiel verschiedener Kontrollinstrumente regierungsübergreifend sicherstellen und sinnvoll aufeinander abstimmen. Dafür ist eine Defragmentierung der deutschen Kontrolllandschaft ebenso dringend geboten, wie die systematische Konsultation der Wirtschaftsbeteiligten.

Rohstoffsicherheit stärken

- **Rohstoffsouveränität als Grundlage für mehr Wettbewerbsfähigkeit verstehen:** Die Sicherung der Versorgung der deutschen Industrie mit kritischen Rohstoffen ist massiv gefährdet: Hohe Marktkonzentrationen in risikoreichen Ländern machen Europa anfällig für geopolitische Spannungen und mögliche Angebotsengpässe. Um den steigenden Bedarf an kritischen Rohstoffen für die doppelte Transformation (Digitalisierung und Dekarbonisierung) sowie für den Luft-, Raumfahrt- und Rüstungssektor zu decken und Risiken abzusichern,

fordern wir eine ganzheitliche rohstoffpolitische Strategie unterlegt mit klaren Maßnahmen. Diese umfassen die Diversifizierung der Lieferketten durch die Stärkung der heimischen Produktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette (vom Bergbau über die Weiterverarbeitung bis zum Recycling), den Ausbau und Aufbau alter und neuer Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern, die Förderung von Kreislaufwirtschaft sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung. Dabei ist es wichtig, dass die künftige Rohstoffpolitik nicht auf wenige sogenannte kritische Rohstoffe reduziert wird, sondern dass alle systemrelevanten heimischen Rohstoffe gestärkt und gefördert werden. Neben Risikoabsicherung und Diversifizierung lassen sich darüber neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten sowie hochwertige Arbeitsplätze auf den Leitmärkten der Zukunft schaffen.

- **Verbesserung der Standortbedingungen für mehr Rohstoffe „Made in Germany“:** Die heimische Rohstoffindustrie ist systemrelevant, beispielsweise für die Nahrungsmittel- oder Impfstoffproduktion. Heimisch geförderte Rohstoffe sind die beste Rückversicherung gegen Lieferengpässe – und haben in der Regel einen geringeren CO₂-Fußabdruck als Importe. Zudem unterliegen die heimischen Rohstoffe den weltweit höchsten Standards im Umwelt- und Naturschutz sowie im Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsschutz. Zur Stärkung der heimischen Rohstoffindustrie fordert der BDI eine Verbesserung der Standortbedingungen. Dazu gehören international wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise, eine Ausweitung des Deutschlandtempos auf Planungs- und Genehmigungsverfahren für heimische Rohstoffprojekte, die Sicherung des Zugangs zu Lagerstätten, die Stärkung des rohstoffwirtschaftlichen Know-hows, Bürokratieabbau, die Vermeidung regulatorischer Inkohärenzen, den Mut, Überregulierungen abzubauen sowie klare Signale der politischen Unterstützung für die heimische Rohstoffindustrie.
- **Zirkuläre Wertschöpfung als Schlüsselstrategie zur Rohstoffsicherung und Stärkung der Unabhängigkeit von globalen Lieferketten:** Zirkuläres und ressourcenschonendes Wirtschaften muss ein zentraler Erfolgsfaktor für die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb werden und eröffnet damit große Chancen für Wachstum und Beschäftigung. Es trägt zugleich zur Sicherung der Versorgung mit strategischen und kritischen Rohstoffen und damit für die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten bei. Und last not least leistet eine marktorientierte zirkuläre Wirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz insbesondere mit Blick auf die „Scope 3“-Emissionen nach dem Greenhouse-Gas-Protokoll. Der BDI begrüßt daher eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, die die laufende Circular Economy-Politik der Europäischen Kommission sinnvoll stärkt, ergänzt und als Anreizprogramm für zirkuläres Wirtschaften in Deutschland ausgelegt ist.
- **Kritische Rohstoffe als Voraussetzung für glaubwürdige Abschreckung:** Rohstoffsicherheit ist von zentraler Bedeutung für militärische Einsatzbereitschaft und nationale Sicherheit. Kritische Rohstoffe sind essenziell für die Produktion militärischer Ausrüstung, von Panzern bis hin zu Munition und Artilleriegeschossen. Die Abhängigkeit der USA und Europas von Rohstoffimporten, insbesondere von geopolitischen Wettbewerbern, stellt ein erhebliches Risiko dar. Staatliche Flankierung bei der strategischen Bevorratung kritischer Rohstoffe ist entscheidend für die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr. Die Einführung entsprechender Klauseln, bei der Beschaffung darauf zu achten, dass Rüstungsprodukte kritische Rohstoffe nur aus sicheren Herkunftsländern beinhalten, muss geprüft werden. Außerdem sollte gezielt der Aufbau zusätzlicher Rohstoff-Weiterverarbeitungsanlagen eingeleitet werden, um zielgerichtet und sicher jene Materialien zu produzieren, die die Rüstungsindustrie für ihre Produktion benötigt.

- **Verstetigung und Erhöhung des Rohstofffonds:** Rohstoffsicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Investitionen in Minen, Weiterverarbeitungs- und Recyclinganlagen sind sehr kostenintensiv. Aber Rohstoffproduktion entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ist ein absoluter Zukunftsmarkt mit enormem wirtschaftlichem Potenzial – auch für hochqualifizierte Industriejobs der Zukunft. Denn die globale Nachfrage nach kritischen Rohstoffen steigt rapide. Rohstoffmärkte funktionieren zum Teil nicht mehr, Unternehmen stehen staatliche Akteure und autokratische Regime gegenüber. Daher fordert der BDI den Rohstofffonds zu verstetigen und das Volumen signifikant zu erhöhen.

Ganzheitliche Sicherheit: Mehr Effizienz durch mehr Kooperation

- **Sicherheitsarchitektur im Inneren neu aufstellen:** Die sicherheitspolitische „Zeitenwende“ erfordert eine umfassende Neuausrichtung der deutschen Sicherheitsarchitektur. Ein Ansatz, der von Grund auf neu denkt, sollte Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern unter Berücksichtigung hybrider Bedrohungen neu ordnen. Prozesse sollten effizienter und kostensparender werden. Um Zuständigkeiten zu bündeln und gemeinsame Lösungen zu entwickeln, sollte die nächste Bundesregierung den Bundessicherheitsrat zu einem echten Nationalen Sicherheitsrat ausbauen. Außerdem sollte die Wirtschaft stärker einbezogen werden, um die gesamtgesellschaftliche Wehrhaftigkeit zu stärken, um Wertschöpfungs- und Lieferketten sowie Kritische Infrastrukturen besser zu schützen.
- **Strategien und Gesetze umsetzen:** Um den sicherheitspolitischen Herausforderungen strukturell und nachhaltig zu begegnen, muss die nächste Bundesregierung dafür sorgen, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft enger zusammenarbeiten. Nur so können aus abstrakten Konzepten konkrete Maßnahmen werden. Im Bundeshaushalt muss die Stärkung der Cyberresilienz und des Wirtschaftsschutzes mit ausreichenden finanziellen sowie personellen Ressourcen unterlegt werden. Auf der regulatorischen Ebene sollte die nächste Bundesregierung die europäische CER-Richtlinie und das NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz konsequent und ineinander verzahnt umsetzen.
- **Informationsaustausch institutionalisieren:** Die nächste Bundesregierung sollte Maßnahmen ergreifen, um ein tagesaktuelles Lagebild zu erstellen und den gegenseitigen Austausch zwischen Behörden und Wirtschaft zu institutionalisieren. Dazu sollte sie einen Single Point of Contact (SPOC) auf Behördenseite für alle Vorfallsmeldungen einrichten, die Behörden zum Austausch mit der Wirtschaft gesetzlich ermächtigen und ein gemeinsames Lagezentrum einrichten. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sollten ein voll digitales Meldewesen aufbauen, auf das alle relevanten Bundes- und Landesbehörden nach dem Need-to-Know-Prinzip zugreifen können. Das aus den Meldungen erstellte tagesaktuelle Sicherheitslagebild sollte dann mit der Wirtschaft geteilt werden.

- **Regulatorische Kohärenz für mehr Effizienz:** Die zunehmende Komplexität der Cybersicherheitsregulierungen auf nationaler und europäischer Ebene stellt Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Hohe Investitionen in Cybersicherheitsmaßnahmen stehen einem Übermaß an Meldepflichten und Doppelregulierungen gegenüber, schaffen Ineffizienzen und binden Ressourcen. Daher sollte die Bundesregierung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene auf eine Harmonisierung der Regularien hinwirken. Besonders wichtig ist die Harmonisierung der prozessualen und inhaltlichen Cybersicherheitsanforderungen des NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes mit denen aus anderen relevanten nationalen Regulierungen.
- **Ganzheitliche Schutzkonzepte aufsetzen:** Der Schutz von Unternehmen vor Spionage, Sabotage, Wirtschafts- sowie Cyberkriminalität erfordert ein ganzheitliches Schutzkonzept. Neben organisatorischen und technischen Maßnahmen müssen auch Mitarbeitende integraler Bestandteil dieses Ansatzes sein. Stetige Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sind zentrale Bausteine. Die Bundesregierung sollte bei der Umsetzung des NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes sowie des KRITIS-Dachgesetzes die Möglichkeit zur Schaffung einer freiwilligen Zuverlässigkeits- / Vertrauenswürdigkeitsüberprüfung von Mitarbeitenden in Deutschland einführen. Diese sollte – analog zur Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfung – durch staatliche Stellen erfolgen und für einen engen Personenkreis (z. B. Konzernsicherheitsteams) von Unternehmen beantragt werden können.

Wirtschaftliches und strategisches Potenzial von Raumfahrt stärker nutzen

- **Innovationen schneller in die Truppe bringen:** Die Bundeswehr muss technologisch auf der Höhe der Zeit sein, um militärisch relevant zu bleiben. Innovationen finden heute primär im kommerziellen Bereich und bei jungen Unternehmen statt. Um diese Innovationskraft für die Bundeswehr besser zu erschließen, braucht es neue, unbürokratische Beschaffungsprozesse außerhalb von bestehenden Strukturen. Hubs für Cyber und Space sollten flexibel Aufträge vergeben dürfen. Als strategischer Ankerkunde sollte die Bundeswehr gezielt Fähigkeiten bei innovativen Unternehmen einkaufen. Dies würde das gesamte NewSpace-Ökosystem mit seinen Systemhäusern, KMU und Start-ups nachhaltig stärken.
- **Kaufen statt fördern:** Raumfahrt ist auch im NewSpace-Zeitalter immer Dual-Use, bei dem der Staat als Kunde und Regulator absehbar eine große Bedeutung hat. Um den Wettbewerb zu fördern und die Innovationskraft besser staatlich zu nutzen, sollten Bund, Bundesländer und Kommunen verstärkt Produkte und Anwendungen für den eigenen Bedarf kaufen. Aufträge sind die effizienteste Form der Förderung von Innovationen und jungen Unternehmen. Gleichzeitig profitieren staatliche Stellen direkt von innovativen Produkten sowie Services und befördern die Digitalisierung.

- **Weltraumfähigkeiten ausbauen:** Raumfahrt ist von strategischer Bedeutung für die außen- und sicherheitspolitische Urteils- und Handlungsfähigkeit. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat erneut gezeigt, wie essenziell und existenziell die Nutzung von Satelliten und die von ihnen generierten Daten und Dienste für militärische Aufklärung und Operationen sind. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind ohne die Unterstützung durch Weltraumsysteme bereits heute nicht mehr denkbar. Die Bundeswehr braucht deshalb einen Aufwuchs an Weltraumfähigkeiten. Die Space-Fähigkeiten sollten zudem in einer Teilstreitkraft gebündelt werden.
- **Europäischen Zugang ins All stärken:** Europa muss seine Unabhängigkeit im Zugang zum Weltraum vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen bewahren und ausbauen. Ziel sollte deshalb eine Erhöhung der Resilienz sein. Dazu gehören unterschiedliche Trägersysteme und Startmöglichkeiten in EU-Kontinentaleuropa. Die deutsche Nordsee eignet sich geografisch sehr gut für den Start von kleinen Trägersystemen in polare- und sonnensynchrone Orbits, die vor allem für Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten relevant sind. Die privatwirtschaftliche Initiative für eine Startplattform in der Nordsee sollte deshalb durch eine staatliche Nutzung gestärkt werden. Sie sollte zudem als Basis für eine deutsche Responsive Space Fähigkeit für Europa genutzt werden. Europäische und insbesondere deutsche Beteiligungen an industriell entwickelten und betriebenen Raumstationen für die ISS-Nachfolge sollten staatlich unterstützt werden, um Europas astronautische Präsenz im Erdorbit dauerhaft zu sichern. Deutschland sollte sich als Ankerkunde Nutzungsmöglichkeiten sichern und so die weitere Kommerzialisierung im Bereich Raumfahrt im Sinne des NewSpace-Ansatzes vorantreiben.
- **Investitionen erhöhen:** Der Abstand in der Raumfahrt zwischen den USA und China auf der einen und Deutschland und Europa auf der anderen Seite wird seit Jahren größer. Deutschland und Europa drohen noch abhängiger von außereuropäischen Ländern und Tech-Unternehmen zu werden. Zudem besteht die Gefahr, in einem weiteren Zukunftsbe- reich den Anschluss zu verlieren. Es sind größere staatliche Ambitionen und Investitionen notwendig, um im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückzufallen. Das nationale Raumfahrtbudget sollte kontinuierlich aufgestockt werden, um Wachstum und Innovation zu fördern. Deutschland sollte bei den Investitionen für Raumfahrt auf Augenhöhe mit Frank- reich agieren. Zudem sollte Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa auch größter Einzahler bei der European Space Agency (ESA) sein.
- **Raumfahrt als ressortübergreifende Aufgabe begreifen:** Raumfahrt ist von strategischer und gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Dies sollte sich auch in der Aufstellung der Bundes- regierung widerspiegeln. Ein nationaler Weltraumrat der Bundesregierung auf Ministerebene unter Vorsitz des Bundeskanzleramts sollte nach Vorbild des US-Space Council eingerichtet werden. Der Weltraumrat sollte dafür verantwortlich sein, dass Deutschland die vielfältigen Möglichkeiten von Raumfahrt in allen Bereichen optimal nutzt. Er sollte zudem eine kohä- rente und ambitionierte nationale Raumfahrtpolitik sicherstellen. Gleichzeitig sollten die Zu- ständigkeiten für die zivile Raumfahrt in einem Ministerium und die der militärischen Raum- fahrt im BMVg konsolidiert werden.

Souveränität braucht Gesundheit: robuste Strukturen schaffen

- **Industrielle Gesundheitswirtschaft bei Resilienz mitdenken:** Der Forschungs- und Pro- duktionsstandort Deutschland hängt untrennbar mit der Verfügbarkeit von Arzneimitteln, bi- otechnologischen- und Medizinprodukten zusammen. Die industrielle Gesundheitswirtschaft

leistet hierzu einen entscheidenden Beitrag – denn dort wo geforscht wird, ist auch der Markt. Die Corona-Pandemie hat unlängst gezeigt, wie wichtig eine starke industrielle Gesundheitswirtschaft zur Überwindung der Pandemie war. Die Bundesregierung hat bereits erste Fortschritte erzielt, um kritische Abhängigkeiten für die industrielle Gesundheitswirtschaft zu reduzieren, dies bleibt jedoch eine zentrale Aufgabe von Politik und Wirtschaft.

- **Europäische Produktionskapazitäten ausbauen:** Die Verfügbarkeit von medizinischen Gütern ist überlebenswichtig. Hierfür bedarf es einer gezielten politischen Unterstützung von Unternehmen der iGW mit bestehenden oder neuen Produktionskapazitäten in Europa im Sinne der Diversifizierung von Lieferketten und der globalen Versorgungssicherheit, beispielsweise durch Produktionszuschüsse und Investitionsanreize. Ein Anreiz könnte zum Beispiel in Form von finanzieller Förderung (ähnlich der dt. FuE-Zulage) erfolgen und ebenfalls bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erfolgen, wobei der verringerte CO₂-Fußabdruck im Zusammenhang mit der Herstellung und Lieferung von Arzneimitteln, Wirkstoffen und biologischen Roh- und Ausgangsstoffen (z. B. virale Vektoren) auf EU-Ebene anzuerkennen ist.
- **Punktueller Änderung im Rahmen der EU-Vergaberechtsrevision:** Um die Sicherheit und Diversifizierung von Lieferketten zu erhöhen, sollte im Rahmen der kommenden Revision des EU-Vergaberechts eine punktueller Modifizierung der Regelungen im Sinne einer strategischen Stärkung der iGW der EU angestrebt werden. Ausgehend von der Ankündigung von Kommissionspräsidentin von der Leyen, im EU-Vergaberecht künftig in bestimmten strategischen Bereichen Präferenzen für europäische Produkte vorzusehen, sollte darauf hingewirkt werden, dass die iGW der EU zu diesen Bereichen gehört. Zudem müssten nähere Einzelheiten einer Regelung zur Bevorzugung europäischer Unternehmen in strategischen Bereichen festgelegt werden, wobei die Regelung nichtdiskriminierend für Unternehmen aus der EU sowie für Unternehmen aus solchen Ländern wirken darf, die Marktöffnungsvereinbarungen mit der EU im Bereich der öffentlichen Beschaffung abgeschlossen haben.
- **Etablierung von Frühwarnsystemen:** Um die komplexen und global vernetzten Lieferketten von Gesundheitsprodukten effizient zu überwachen und Störungen frühzeitig zu erkennen, sollte es Ziel sein, nicht nur den letzten Schritt der Lieferkette zu sichern, sondern den gesamten Produktionsprozess von der Beschaffung der Vorprodukte bis hin zur Logistik. Das könnte beispielsweise durch den Einsatz von Daten und KI erfolgen, die komplexe Lieferketten analysiert und weiterentwickelt, um Engpässe zu verhindern. Datenräume und Projekte wie HealthTrack-X können hier echten Mehrwert leisten, um Lieferengpässe frühzeitig zu erkennen.
- **Internationale Zusammenarbeit vertiefen:** Gesundheitskrisen wie Pandemien oder Klimafolgen können nur mit internationaler Zusammenarbeit effektiv bewältigt werden. Als weltweit drittgrößter Geber im Gesundheitsbereich leistet Deutschland hier bereits einen wichtigen Beitrag. Neben der Finanzierung globaler Initiativen unterstützt Deutschland Partnerländer durch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitssysteme und Verbesserung der Rahmenbedingungen. Während diese Initiativen wichtige Rahmenbedingungen schaffen, bedarf es zusätzlich der Innovation und Skalierbarkeit des Privatsektors, um eine bessere Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Dieses Zusammenwirken von bilateralen Initiativen und dem Know-how der Privatwirtschaft sollte durch den Aufbau von strategischen Gesundheitspartnerschaften mit ausgewählten Partnerländern deutlich gestärkt werden.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

BDI Dokumentennummer: D2039

Redaktion

Steven Heckler

Stellvertretender Abteilungsleiter Digitalisierung und Innovation
T: +49 30 2028-1523
s.heckler@bdi.eu

Dr. Nikolas Keßels

Stellvertretender Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik
T: +49 30 2028-1518
n.kessels@bdi.eu

Maria Kislat

Projektreferentin, BDI New Space Initiative
T: +49 30 2028-1569
m.kislat@ifg.bdi.eu

Rabea Knorr

Leiterin Abteilung Industrielle Gesundheitswirtschaft
T: +49 30 2028-1495
r.knorr@bdi.eu

Anne Lauenroth

Stellvertretende Abteilungsleiterin Abteilung Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt
T: +49 30 2028-1405
a.lauenroth@bdi.eu

Karsten Lepper

Beauftragter von BDSV/BDI für Sicherheit und Verteidigung
T: +32 2792-1013
k.lepper@bdi.eu

Cora Loh

Referentin Industrielle Gesundheitswirtschaft
T: +49 2028-1790
c.loh@bdi.eu

Kerstin Petretto

Senior Managerin Sicherheit und Verteidigung
T: +49 30 2028-1710
k.petretto@bdi.eu

Stefan Steinicke

Senior Manager Rohstoffe
T: +49 30 2028-1419
s.steinicke@bdi.eu

Matthias Wachter

Abteilungsleiter Abteilung Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und
Raumfahrt
T: +49 30 2028-1579
m.wachter@bdi.eu